

## GI Leitsätze

### Klageerhebung / Finanzamt / Finanzgericht

Ein an das Finanzgericht adressierte, in einem Fensterkuvert verschlossener Schriftsatz (Klageschrift bzw. PKH-Antrag), der in den Hausbriefkasten eingeworfen wird, ist nicht beim Finanzgericht „angebracht“, wenn das Finanzamt den Briefumschlag ungeöffnet an das Finanzgericht weiterleitet.

(BFH, Beschl. v. 13. 10. 1992 – VII B 119/92 – BFH/NV 1993, 607)

#### Anmerkung:

Die Rechtsmittelfrist von § 47 Abs. 2 Satz 1 FGO wäre eingehalten worden, wenn der Briefumschlag das Finanzamt als Adressat ausgewiesen hätte. Es reicht nicht, daß die Klageschrift lediglich in den räumlichen Machtbereich des Finanzamtes gelangt ist. Das Finanzamt muß als Empfänger auf dem Briefumschlag oder bei einem Fensterkuvert im Adressenfeld der Klageschrift angesprochen sein (vgl. BFH BStBl 1987 II, 575; BFH/NV 1989, 650).

### Vorlage der Prozeßvollmacht / Ausschlußfrist / Steuerakten / Zustellung an Vertretenen?

1. Das FG ist befugt, eine Ausschlußfrist zur Vorlage der Prozeßvollmacht sofort und ohne Mahnung zu setzen, damit vorweg die Prozeßvoraussetzungen geklärt werden können.
  2. Die Verfügung über die Ausschlußfrist ist im Regelfall demjenigen zuzustellen, der ohne Vollmacht vorlage für den Vertretenen bei Gericht als Bevollmächtigter auftritt. Die gerichtliche Fürsorgepflicht beinhaltet die Pflicht zur „doppelten Zustellung“ an Vertreter und Vertretenen, um diesem die Möglichkeit zu geben, seinen Prozeßbevollmächtigten bei der Fristwahrung zu überwachen.
  3. Das FG ist nicht verpflichtet, den in den Steuerakten befindlichen Schriftverkehr daraufhin zu untersuchen, ob sich ein Schriftstück als konkludente Bevollmächtigung des Prozeßvertreters deuten läßt.
- (BFH, Beschl. v. 17. 6. 1993 – VI S 3/93 – BFH/NV 1993, 613)

#### Anmerkung:

Die Prozeßvollmacht muß im Original eingereicht werden. Eine Bezugnahme auf die Vollmachtsurkunde in der Steuerakte ist nur genügend, wenn diese noch rechtzeitig innerhalb der Ausschlußfrist dem Gericht vorgelegt werden (BFH BStBl 1991, II, 848; BFH/NV 1989, 716).

## Anwaltshaftung

- Schadenbeseitigung
- Fehler des zweiten Anwaltes
- Mitverschulden

(BGH, Urt. v. 20.1.1994 – IX ZR 46/93)

### Leitsätze:

1. Beauftragt der Mandant einen Rechtsanwalt, um einen erkannten oder für möglich gehaltenen Fehler eines früheren Rechtsanwalts zu beheben, so muß sich der Mandant im Verhältnis zu seinem ersten Anwalt einen schuldhaften Schadenbeitrag seines zweiten Anwaltes als Mitverschulden zurechnen lassen (Ergänzung zu BGH, Urt. v. 18.3.1993 – IX ZR 120/92, GI 1993, 355 = NJW 1993, 1779, 1781).
2. Bei der Prüfung eines Mitverschuldens des geschädigten Mandanten, dessen Rechtsanwalt bei der Behebung eines Fehlers eines früheren Rechtsanwalts durch pflichtwidriges Prozeßverhalten zu dem Schaden schuldhaft beigetragen hat, ist für die Beurteilung des hypothetischen Kausalverlaufs die Beurteilung des Gerichts maßgeblich, das mit dem Regreßanspruch gegen den ersten Anwalt befaßt ist.

### Tatbestand:

Der Kläger verlangt von den beklagten Rechtsanwälten, die früher in einer Sozietät verbunden waren und dies mit Ausnahme des Beklagten zu 2) heute noch sind, Schadenersatz wegen eines Beratungsfehlers des Beklagten zu 1) bezüglich des Versorgungsausgleichs im Rahmen des Ehescheidungsverfahrens des Klägers.

Der Kläger – Lehrer – schloß im Dezember 1972 die Ehe. Am 3.1.1977 trennten sich die kinderlosen Eheleute. Der vom Kläger im Februar 1989 beauftragte Beklagte zu 1) betrieb die Scheidung der Ehe des Klägers, die durch rechtskräftiges Urteil vom 25.7.1989 ausgesprochen wurde. Im Folgeverfahren des Versorgungsausgleichs erklärte die frühere Ehefrau des Klägers – Verwaltungsangestellte –, sie wünsche keinen solchen Ausgleich, weil sie und ihr Ehemann seit der Trennung völlig unabhängig voneinander gelebt hätten, sie – die Ehefrau – keine ehebedingten Nachteile in der Altersversorgung feststellen könne und an der Ehe nicht – auch nicht über eine Teilhabe an der Pension ihres Ehemannes – wirtschaftlich verdienen möchte, weil das Zusammenleben nur etwa fünf Jahre (richtig:

etwa vier Jahre) gedauert habe. Durch Beschluß des Familiengerichts vom 29. 8. 1989 wurden zu Lasten der Anwartschaft des Klägers auf Beamtenversorgung und zugunsten seiner geschiedenen Ehefrau Rentenanswartschaften von monatlich 463,65 DM, bezogen auf den 28. 2. 1989, begründet. Dagegen legten der Kläger, vertreten durch den Beklagten zu 7), und die geschiedene Ehefrau Beschwerde ein. Mit Verfügung vom 11. 12. 1989 teilte die Vorsitzende des Beschwerdegerichts mit, für eine Kürzung des Versorgungsausgleichs wegen der langen Trennung fehlten die Voraussetzungen angesichts des bestehenden Einkommens- und Versorgungsgefälles; deshalb wäre auch eine Parteivereinbarung nicht genehmigungsfähig, die einen Total- oder Teilverzicht auf den Versorgungsausgleich ohne Gegenleistung enthielte. Nachdem die vorinstanzlichen Prozeßbevollmächtigten des Klägers mit Schreiben an den Beklagten zu 7) vom 4. 1. 1990 Schadenersatzansprüche des Klägers wegen fehlerhafter Beratung hinsichtlich des Versorgungsausgleichs angemeldet hatten, bestellten sich diese im Auftrag des Klägers anstelle der Beklagten im Beschwerdeverfahren. Mit Verfügung der Vorsitzenden des Beschwerdegerichts vom 2. 4. 1990 wurde dem Kläger aufgegeben, eine Vereinbarung gemäß § 1587 o BGB vor dem Verhandlungstermin einzureichen. Eine solche Vereinbarung kam nicht zustande. Daraufhin nahmen die geschiedenen Eheleute ihre Beschwerden zurück.

Die Klage auf Ersatz von 100.440,39 DM, die erforderlich sind, um die Kürzung der Versorgungsbezüge gemäß § 58 des Beamtenversorgungsgesetzes abzuwenden, hatte in den Vorinstanzen Erfolg. Mit der Revision verfolgen die Beklagten ihren Antrag weiter, die Klage abzuweisen.

### **Aus den Gründen:**

Die Revision führt zur Zurückverweisung.

#### **I.**

Das Berufungsgericht hat eine gesamtschuldnerische Haftung der beklagten Rechtsanwälte wegen Schlechterfüllung des Anwaltsvertrages durch den Beklagten zu 7) angenommen (§§ 427, 714, 675 BGB; vgl. BGHZ 56, 355, 359 ff; 70, 247, 249; BGH, Urt. v. 23. 5. 1985 – IX ZR 102/84, NJW 1985, 2250, 2251, insoweit nicht abgedruckt in BGHZ 94, 380) und dazu ausgeführt:

Der Beklagte zu 7) habe seine Vertragspflicht schuldhaft verletzt, indem er den ihm vorgetragenen Wunsch des Klägers und seiner Ehefrau, anläßlich der beabsichtigten Ehescheidung den Versorgungsausgleich auszuschießen, unzutreffend dahin beantwortet habe, daß dies unmöglich sei;

**über die Möglichkeit, den Versorgungsausgleich durch Ehevertrag auszuschließen, habe der Beklagte zu 7) nicht belehrt.** Hätte er auf diese Möglichkeit hingewiesen, so hätten die Eheleute eine solche Vereinbarung geschlossen und den Scheidungsantrag noch ein Jahr aufgeschoben, um nicht die Unwirksamkeit des Ausschlusses des Versorgungsausgleichs herbeizuführen. Infolge des Beratungsfehlers des Beklagten zu 7) sei dem Kläger der geltend gemachte Schaden entstanden. Nach Einreichung des Scheidungsantrags habe das Familiengericht über den Versorgungsausgleich entscheiden müssen und dies zu Lasten des Klägers getan.

Dem Kläger falle kein Schadenbeitrag als mitwirkendes Verschulden zur Last, weil seine Beschwerde gegen die Entscheidung über den Versorgungsausgleich zurückgenommen worden sei. Wegen der eindeutigen Verfügung der langjährigen und erfahrenen Vorsitzenden des Beschwerdegengerichts habe der Kläger davon ausgehen müssen, daß seine Beschwerde erfolglos bleiben werde. Das Beschwerdegengericht hätte sein Rechtsmittel ohne Zulassung der weiteren Beschwerde zurückgewiesen, weil § 1587 c Nr. 1 BGB eine Kürzung des Versorgungsausgleichs wegen der langen Trennung der Ehegatten, die im wesentlichen auf die Zeit nach dem Inkrafttreten des Ersten Gesetzes zur Reform des Ehe- und Familienrechts vom 14. 6. 1976 (BGBl I 1421) – 1. EheRG – am 1. 7. 1977 entfallen sei, nicht gestattet hätte.

## II.

Diese Ausführungen halten einer rechtlichen Nachprüfung nicht in allen Punkten stand.

1. a) Das Berufungsgericht hat zutreffend angenommen, daß der Beklagte zu 7) seine vertragliche Beratungspflicht schuldhaft verletzt hat. Insoweit bittet die Revision um Prüfung des angefochtenen Urteils, erhebt abere keine bestimmte Rüge.

Der um Rat gebetene Rechtsanwalt ist seinem Auftraggeber zu einer umfassenden und erschöpfenden Belehrung verpflichtet. Der Anwalt muß den ihm vorgetragenen Sachverhalt dahin prüfen, ob er geeignet ist, den vom Auftraggeber erstrebten Erfolg herbeizuführen. Dem Mandanten hat der Anwalt diejenigen Schritte zu empfehlen, die zu dem erstrebten Ziel führen können. Er muß den Auftraggeber vor Nachteilen bewahren, soweit solche voraussehbar und vermeidbar sind. Dazu hat der Anwalt seinem Mandanten den sichersten Weg vorzuschlagen und ihn über mögliche Risiken aufzuklären, damit der Mandant eine sachgerechte Entscheidung treffen kann; Zweifeln und Bedenken, zu denen die Sachlage Anlaß

gibt, muß der Anwalt darlegen und mit seinem Auftraggeber erörtern (BGH, Urt.v. 5.11.1992 – IX ZR 200/91, WM 1993, 610, 613 f m.w.N.).

Danach hat der Beklagte zu 7) – aufgrund der unbeanstandeten Feststellungen des Berufungsgerichts – **pflichtwidrig und fahrlässig versäumt, dem Kläger als sichersten Weg für den erstrebten Ausschluß des Versorgungsausgleichs einen notariell beurkundeten Ehevertrag (§§ 1408, 1410 BGB) zu empfehlen und ihm zu raten, die Ehescheidung erst nach Ablauf eines Jahres nach Vertragsschluß zu beantragen, um eine Unwirksamkeit eines Ausschlusses des Versorgungsausgleichs zu vermeiden (§ 1408 Abs. 2 Satz 2 BGB)**. Nach der nicht angegriffenen Feststellung des Berufungsgerichts wären der Kläger und seine frühere Ehefrau einer solchen sachgerechten Beratung gefolgt.

- b) Die weitere tatrichterliche Feststellung, daß dem Kläger infolge der schuldhaften Vertragsverletzung des Beklagten zu 7) der geltend gemachte Schaden entstanden ist, wird nicht beanstandet und ist rechtsfehlerfrei.

2. Die Revision rügt jedoch zu Recht, daß das Berufungsgericht ein mitwirkendes Verschulden des Klägers bei der Entstehung des Schadens (§ 254 BGB) verneint hat.

Die Revision will dem Kläger als Mitverschulden anrechnen, daß die Anwälte, die der Kläger an Stelle der Beklagten beauftragt hat, die von diesen eingelegte und begründete Beschwerde gegen den familiengerichtlichen Beschluß vom 29. 8. 1989 über den Versorgungsausgleich zurückgenommen haben.

- a) **Der Geschädigte hat grundsätzlich im Rahmen des § 254 BGB geeignete und zumutbare Rechtsbehelfe zu ergreifen, um den ihm drohenden Schaden abzuwenden oder zu mindern** (BGHZ 90, 17, 32; BGH, Urt. v. 12. 3. 1990 – II ZR 179/89, WM 1990, 1539, 1541; v. 24. 9. 1992 – IX ZR 217/91, WM 1992, 2110, 2113). Dementsprechend kann sich ein Mitverschulden aus der Rücknahme des Rechtsmittels ergeben.

Die Revision geht – ebenso wie das Berufungsgericht – ohne weiteres und im Ergebnis zutreffend davon aus, daß eine schuldhafte Pflichtverletzung des zweiten Rechtsanwalts dem Auftraggeber in dessen Rechtsverhältnis zu seinem früheren Anwalt als Mitverschulden zuzurechnen wäre (§§ 254, 278 BGB). Der erkennende Senat

hat dies verneint für den Fall, daß der erste der nacheinander tätig gewordenen Anwälte einen schadenursächlichen Fehler begangen hat, der vom zweiten Anwalt nicht erkannt oder nicht behoben wurde, und der Auftraggeber sich auf eine sachgerechte Vertragserfüllung des zuerst tätigen Anwalts verlassen durfte: **dies hat zur Folge, daß die Anwälte, die jeweils im Rahmen ihrer selbständigen Pflichtenkreise zum Schaden des Mandanten schuldhaft beigetragen haben, diesem grundsätzlich als Gesamtschuldner haften** (BGH, Urt. v. 18. 3. 1993 – IX ZR 120/92, GI 93, 355 = NJW 1993, 1779, 1781). In einem solchen Falle hat sich nämlich der geschädigte Auftraggeber nicht im Sinne der Vorschrift des § 278 BGB, die im Rahmen des § 254 BGB entsprechend anzuwenden ist, des zweiten Anwalts bedient, um eine im eigenen Interesse gebotene Obliegenheit zur Abwendung oder Minderung seines Schadens zu erfüllen; nur unter einer solchen Voraussetzung darf das Verschulden eines Dritten dem Geschädigten als Mitverschulden zugerechnet werden (BGHZ 3, 46, 49 f; 36, 329, 338 f; BGH, Urt. v. 18. 3. 1993 – IX ZR 120/92 a.a.O. m.w.N.).

Im vorliegenden Falle hat der Kläger jedoch nicht auf eine fehlerfreie Vertragserfüllung der Beklagten vertraut. Vielmehr hat er andere Anwälte – an Stelle der Beklagten – mit seiner Vertretung im Beschwerdeverfahren beauftragt, nachdem diese für ihn vom Beklagten zu 7) Schadenersatz wegen fehlerhafter Beratung über den Versorgungsausgleich verlangt hatten. Entgegen der Ansicht der Revisionserwiderung hat der Beklagte zu 7) nicht von sich aus den Vertrag mit dem Kläger zur Unzeit gekündigt. Vielmehr hat er mit Schreiben an das Beschwerdegericht vom 4. 1. 1990 das Mandat niedergelegt unter Hinweis darauf, daß ihm die Vertretung des Klägers durch die anderen Anwälte angezeigt worden war. **Danach hat der Kläger diese Anwälte auch dazu bestellt, um einen erkannten oder zumindest für möglich gehaltenen Fehler der Beklagten im Beschwerdeverfahren zu beheben. Ob sich der geschädigte Mandant in einem solchen Falle einen pflichtwidrigen, schuldhaften Schadenbeitrag seines zweiten Anwalts als Mitverschulden zurechnen lassen muß, hat der Senat bisher offengelassen** (Urt. v. 18. 3. 1993 – IX ZR 120/92 a.a.O.). **Er bejaht diese Frage nunmehr** (ebenso RGZ 167, 76, 80; Urt. des VI. Zivilsenats des Bundesgerichtshofs v. 25. 6. 1974 – VI ZR 18/73, NJW 1974, 1865, 1867 und v. 28. 9. 1982 – VI ZR 221/80, VersR 183, 34, 35; OLG Hamm VersR 1982, 1057; OLG Düsseldorf MDR 1985, 233, 234; Borgmann/Haug, Anwaltshaftung 2. Aufl. S. 186 ff; Rinsche, Die Haftung des Rechtsanwalts und des Notars 4. Aufl. Rdnr. I 249; Hartstang, Anwaltsrecht 1991 S. 662). Entgegen der Ansicht Vollkommers (Anwaltshaftungsrecht 1989 Rdnr. 327) ist eine solche Belastung des Mandanten in dessen Rechtsverhältnis zu seinem ersten Anwalt nicht unangemessen, sondern sachgerecht; der Mandant kann

insoweit bei seinem zweiten Anwalt Rückgriff nehmen. Der Hinweis Vollkommers, ein Verschulden eines vom Verletzten hinzugezogenen Arztes oder einer vom Unfallgeschädigten beauftragten Reparaturwerkstatt werde nicht als Mitverschulden angerechnet (vgl. RGZ 72, 219, 220; BGHZ 63, 182, 186), betrifft andere Sachverhalte. In jenen Fällen haben die Geschädigten die Hilfspersonen gerade nicht in erster Linie eingeschaltet, um ihre Obliegenheit zur Schadenminderung – unter Wahrnehmung der damit für die Geschädigten verbundenen Gebote des eigenen Interesses – innerhalb ihres Schuldverhältnisses zum Schädiger zu erfüllen (RGZ 72, 219, 220; BGHZ 63, 182, 186; vgl. BGHZ 3, 46, 50).

b) Das Berufungsgericht hat ein Mitverschulden des Klägers rechtsfehlerhaft verneint.

aa) Die Revision macht zu Recht geltend, das Berufungsgericht habe nicht darauf abstellen dürfen, wie das Beschwerdegericht das Rechtsmittel des Klägers beschieden hätte.

**Für die hypothetische Betrachtung, wie der geschädigte Mandant bei pflichtgemäßem Prozeßverhalten des Anwalts stünde, ist maßgebend, wie das Vorverfahren nach Auffassung des Gerichts, das mit dem Regreßanspruch gegen den Anwalt befaßt ist, richtig hätte entschieden werden müssen,** nicht wie seiner im Vorverfahren mußmaßlich entschieden worden wäre (BGH, Urt. v. 2. 7. 1987 – IX ZR 94/86, GI 88, 94 = NJW 1987, 3255; v. 24. 3. 1988 – IX ZR 114/87, GI 88, 164 = NJW 1988, 3013, 3015; v. 28. 6. 1990 – IX ZR 209/89, GI 90, 209 = NJW-RR 1990, 1241, 1244; v. 14. 1. 1993 – IX ZR 206/91, WM 1993, 1194, 1197). Demgemäß hat das Regreßgericht die entsprechende Frage auch im Rahmen des § 254 BGB zu beantworten. Danach hätte das Berufungsgericht prüfen müssen, wie nach seiner Ansicht die Beschwerde richtig zu bescheiden gewesen wäre.

bb) Entgegen seiner Ansicht war die – durch die Eherechtsreform eingeführte – Vorschrift des § 1587 c Nr. 1 BGB auf den Versorgungsausgleich anläßlich der Ehescheidung des Klägers anwendbar. Danach findet ein solcher Ausgleich nicht statt, soweit die Inanspruchnahme des Verpflichteten unter Berücksichtigung der beiderseitigen Verhältnisse, insbesondere des beiderseitigen Vermögenserwerbs während der Ehe oder im Zusammenhang mit der Scheidung, grob unbillig wäre.

Für eine – wie im vorliegenden Falle – vor dem Inkrafttreten der Eherechtsreform geschlossenen Ehe, in der sich die Ehegatten bereits vor diesem Zeitpunkt getrennt hatten, war zunächst die Sonder-

regelung in der Übergangsvorschrift des Art. 12 Nr. 3 Abs. 3 Sätze 3, 4 1. EheRG zu beachten. Danach konnte das Familiengericht auf Antrag des Ausgleichsverpflichteten den Versorgungsausgleich bis zur Hälfte des auf die Trennungszeit entfallenden gesetzlichen Anspruchs herabsetzen, wenn die Ehe allein wegen des Widerspruchs des anderen Ehegatten (§ 48 Abs. 2 EheG) nicht geschieden werden durfte und die uneingeschränkte Durchführung des Ausgleichs für ihn auch unter Berücksichtigung der Interessen des anderen Ehegatten grob unbillig wäre. Soweit diese Sonderregelung eingriff, war das Getrenntleben allein nach ihr und nicht nach der – im übrigen daneben anwendbaren – Vorschrift des § 1587 c Nr. 1 BGB zu berücksichtigen (BGH, Beschl. v. 9.12.1981 – IVb ZB 569/80, FamRZ 1982, 475, 477).

Sind die Voraussetzungen dieser Sonderregelung – wie im vorliegenden Falle – nicht erfüllt, so kann, wenn die Eheleute schon vor dem Inkrafttreten der Eherechtsreform getrennt gelebt hatte, eine langdauernde Trennung auch im Rahmen des § 1587 c Nr. 1 BGB zu einem Ausschluß oder einer Kürzung des Ausgleichsanspruchs führen (BGHZ 74, 38, 83; 75, 241, 269 ff; BGH, Beschl. v. 9.12.1981 – IVb ZB 569/80, a.a.O.; v. 13.10.1982 – IVb ZB 781/80, FamRZ 1983, 35, 36; v. 15.2.1984 – IVb ZB 577/80, FamRZ 184, 467, 468 f; v. 12.12.1984 – IVb ZB 928/80, FamRZ 1985, 280, 281 ff). Dies gilt auch dann, wenn die Trennung erst nach dem Inkrafttreten der Eherechtsreform erfolgt ist (BGH, Beschl. v. 13.10.1982 – IVb ZB 781/80 a.a.O.; v. 28.10.1992 – XII ZB 42/91, NJW 1993, 588). **Solange die eheliche Lebensgemeinschaft durch Trennung der Ehegatten aufgehoben ist, fehlt für den Versorgungsausgleich die eigentliche rechtfertigende Grundlage. Diese besteht darin, daß eine Ehe infolge der auf Lebenszeit angelegten Lebensgemeinschaft schon während der Erwerbstätigkeit des oder der Ehegatten im Keim (auch) eine Versorgungsgemeinschaft ist und deswegen die während der Ehezeit erworbenen Versorgungsanswartschaften gemäß dem ursprünglichen gemeinsamen Zweck der beiderseitigen Alterssicherung aufgeteilt werden** (BGHZ 74, 38, 83; 75, 241, 269). Zwar erstreckt sich der Versorgungsausgleich nach der gesetzlichen Regelung grundsätzlich auf die gesamte Ehezeit und nicht nur auf die Zeit des Zusammenlebens (§ 1587 Abs. 1, 2 BGB). Dies beruht indessen in erster Linie auf Gründen der Zweckmäßigkeit; insbesondere soll verhindert werden, daß der Ausgleichspflichtige den Ausgleichsanspruch durch Trennung von seinem Ehegatten in unlauterer Weise beeinflußt (BGHZ 75, 241, 269). **Diese Gefahr besteht nicht, wenn die Eheleute – wie im vorliegenden Falle – bereits seit langer Zeit getrennt leben, der ausgleichsberechtigte Ehegatte die Trennung vorgenommen hat und dieser ohne ehebedingte Behinderung eigene Versorgungsanswartschaften aufbauen konnte.**



Zumindest eine Herabsetzung des Ausgleichsanspruchs der Ehefrau des Klägers entfiel nicht von vornherein bei der nach § 1587 c Nr. 1 BGB erforderlichen Gesamtabwägung aller maßgeblichen Umstände (vgl. BGHZ 74, 38, 84; 75, 241, 272; BGH, Beschl. v. 13.10.1982 – IVb ZB 615/80, FamRZ 1983, 32 ff.). Die kinderlose Ehefrau des Klägers, die während der gesamten Ehezeit für ihren Unterhalt gesorgt und eine eigene Alterssicherung aufgebaut hatte, hatte – nach ihrem Vorbringen im Beschwerdeverfahren – weder vor noch nach der Trennung auf eine Versorgung durch ihren Ehemann und eine Teilhabe an seiner Alterssicherung vertraut. Mit Rücksicht darauf hatte es Gewicht, daß die Ehegatten während der Ehezeit von etwa 16 Jahren nur nach der Eheschließung etwa vier Jahre zusammengelebt hatten.

- cc) Daraus ergibt sich zugleich, daß der vom Kläger an Stelle der Beklagten im Beschwerdeverfahren beauftragte Rechtsanwalt seine Vertragspflicht, die Interessen des Klägers umfassend wahrzunehmen und ihn vor voraussehbaren, vermeidbaren Nachteilen zu bewahren, verletzt hat, indem er die Beschwerde, die auch auf § 1587 c Nr. 1 BGB wegen der langen Trennung der Eheleute gestützt worden war und insoweit Erfolg versprach, zurückgenommen hat, so daß der Versorgungsausgleich gemäß dem familiengerichtlichen Beschluß vom 29.8.1989 rechtskräftig wurde. **Auch dieser Anwalt hätte zugunsten seines Mandanten den sichersten Weg wählen, also das Verfahren durchführen müssen; selbst bei einer ungünstigen Sachentscheidung des Beschwerdegerichts hätte er die Zulassung der weiteren Beschwerde an den Bundesgerichtshof erreichen können (§ 621 e Abs. 2 ZPO), weil der Rechtssache damals grundsätzliche Bedeutung beizumessen war.**

Entgegen der Ansicht des Berufungsgerichts beruht die pflichtwidrige Rücknahme der Beschwerde auf **Fahrlässigkeit** (§ 276 BGB). Bei der erforderlichen Umsicht und Sorgfalt konnte und mußte der im Beschwerdeverfahren zuletzt tätige Anwalt die sich aus § 1587 c Nr. 1 BGB ergebende Erfolgsaussicht der Beschwerde erkennen und wahren. Damals hatte der Bundesgerichtshof (a.a.O.) bereits mehrfach hervorgehoben, daß der rechtfertigende Grund für den Versorgungsausgleich fehlt, solange die eheliche Lebensgemeinschaft aufgehoben ist, und deswegen eine Anwendung des § 1587 c Nr. 1 BGB in Betracht kommt. Im Beschluß v. 13.10.1982 – IVb ZB 781/80 a.a.O.) war ausgeführt worden, auch in einem Falle, in dem der ausgleichsberechtigte Teil die Trennung nach Inkrafttreten der Eherechtsreform herbeigeführt habe, könne eine länger dauernde

Trennung einen Ausschluß oder eine Kürzung des Ausgleichsanspruchs zur Folge haben.

Das Verschulden entfällt nicht wegen der Verfügung der Vorsitzenden des Beschwerdegerichts vom 11. 12. 1989. **Der in der Rechtsprechung bei Ansprüchen wegen Amtspflichtverletzungen von Beamten und Notaren verwertete Gedanke, ein Schuldvorwurf könne ausscheiden, wenn ein Kollegialgericht die beanstandete Auffassung teile, gilt nicht bei Vertragsverletzungen** (BGH, Urt. v. 31. 10. 1985 – IX ZR 175/84, GI 86, 145 = WM 1986, 199, 202 f.). **Der Anwalt des Klägers hätte versuchen können und müssen, das Beschwerdegericht unter Hinweis auf die höchstrichterliche Rechtsprechung davon zu überzeugen** (vgl. BGH, Urt. v. 5. 11. 1987 – IX ZR 86/86, GI 88, 36 = NJW 188, 486, 487), **daß trotz der unterschiedlichen Einkommen und Versorgungen der Ehegatten deren lange Trennung im Rahmen der Gesamtabwägung aller maßgeblichen Umstände ein solches Gewicht haben konnte, daß der Ausgleichsanspruch der Ehefrau gemäß § 1587 c Nr. 1 BGB zumindest zu kürzen war** (vgl. BVerfG FamRZ 1980, 326, 334; BGH, Beschl. v. 13. 10. 1982 – IVb ZB 781/80, a.a.O.; v. 28. 10. 1992 – XII ZB 42/91 a.a.O.). Dies ist nach dem eigenen Vorbringen des Klägers unterlassen worden. Danach ist die Beschwerde zurückgenommen worden, weil eine Vereinbarung der Ehegatten über den Versorgungsausgleich gemäß § 1587 o BGB, die das Beschwerdegericht genehmigt hätte, gescheitert ist. Eine solche Regelung, in die auch Umstände hätten einfließen können, die im Rahmen der Härteregelung des § 1587 c Nr. 1 BGB zu berücksichtigen sind (BGH, Beschl. v. 24. 3. 1982 – IVb ZB 530/80, FamRZ 1982, 688, 689; v. 4. 2. 1987 – IVb ZB 1 6/85, BGHR BGB § 1587 o Abs. 2 Satz 3 – Genehmigungsfähigkeit 1), war jedoch unabhängig von der Möglichkeit, mit der Beschwerde eine Kürzung des Ausgleichsanspruchs der Ehefrau nach § 1587 c Nr. 1 BGB zu erreichen.

- c) Ob und gegebenenfalls in welchem Umfang der Versorgungsanspruch nach alledem gemäß § 1587 c Nr. 1 BGB herabzusetzen gewesen wäre, hat der Tatrichter festzustellen (vgl. BGHZ 74, 38, 84; 75, 241, 272; BGH, Beschl. v. 15. 2. 1984 – IVb ZB 577/80 a.a.O. 470; vgl. zum Maßstab einer Kürzung BGH, Beschl. v. 18. 2. 1987 – IVb ZB 112/85, BGHR BGB § 1587 c Nr. 1 BGB – Grobe Unbilligkeit 3). Dann wird sich ergeben, ob und inwieweit sich der Kläger einen pflichtwidrigen fahrlässigen Schadenbeitrag seines zweiten Anwalts im Beschwerdeverfahren als Mitverschulden zurechnen lassen muß (vgl. BGHZ 90, 17, 32). Da eine solche tatrichterliche Abwägung bisher fehlt, kann das angefochtene Urteil keinen Bestand haben, soweit der Klage stattgegeben wurde.

## Schaden

- aufwendiges Wohnhaus
  - entgangener Wohngenuß
- (BGH, Urt. v. 11. 11. 1993 – IX ZR 229/92)

### Leitsatz:

Gibt der Eigentümer eines aufwendig errichteten Wohnhauses dessen Eigennutzung wegen der damit verbundenen steuerlichen Belastung auf, kann er von demjenigen, der ihm wegen fehlerhafter steuerlicher Beratung ersatzpflichtig ist, keine Nutzungsentschädigung wegen entgangenen Wohngenusses verlangen.

### Tatbestand:

Der Kläger hat in den Jahren 1983/84 ein Zweifamilienhaus zur eigenen Nutzung errichtet; die Herstellungskosten beliefen sich auf 1.126.179 DM. Wegen dieser hohen Bausumme brachte die Finanzbehörde bei der Berechnung des Nutzungswertes der Wohnung im eigenen Haus (§ 21 Abs. 2 EStG) nicht die Marktmiete, sondern die wesentlich höhere Kostenmiete in Ansatz. Am 15. 12. 1988 zog der Kläger aus dem Haus aus; seither ist es an einen Dritten vermietet.

Die beklagte Steuerberatungsgesellschaft hat den Kläger über die einkommensteuerliche Behandlung eines selbst genutzten sogenannten aufwendigen Zweifamilienhauses nicht belehrt. Der Kläger hat deshalb die Feststellung begehrt, daß die Beklagte ihm die steuerlichen Mehrbelastungen, die durch den Ansatz der Kostenmiete entstehen, sowie die Kosten des Rechtsbehelfsverfahrens zu ersetzen hat, mit dem der Kläger erreichen will, daß das Haus nach den Grundsätzen der Marktmiete besteuert wird. In diesen Punkten ist das Berufungsurteil, das der Klage stattgegeben hat, durch Nichtannahme der Revision rechtskräftig geworden. Der Kläger hat darüber hinaus beantragt,

festzustellen, daß die Beklagte verpflichtet ist, ihm die Schäden zu ersetzen, die ihm seit dem 15. 12. 1988 dadurch erwachsen sind und noch erwachsen, daß die Mieteinnahmen aus dem fremdvermieteten Zweifamilienhaus H.-K., A.-weg, die Aufwendungen nicht decken.

### Aus den Gründen:

- ....
2. Dagegen ist es rechtlich nicht zu beanstanden, einen Ausgleich für den Verlust von „Wohngenuß“ als in dem Feststellungsantrag enthaltenes Begehren anzusehen; denn dabei geht es ebenfalls um einen Nachteil, der nur besteht, solange der Kläger das Haus nicht selbst bewohnt. Indessen scheidet ein Ersatzanspruch, wie ihn das Berufungsgericht in Erwägung zieht, im Streitfall aus.

**Der Kläger kann keinen Geldersatz allein dafür verlangen, daß er seit dem Auszug aus dem Haus dessen Komfort nicht mehr genießen kann.**

Nach der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs kommt **ein Entschädigungsanspruch für entgangene Nutzung einer Sache** nur dann in Betracht, wenn diese objektiv nicht nutzbar oder in ihrer Verwendungsfähigkeit wesentlich eingeschränkt ist (BGHZ 55, 146, 150; 65, 170, 173; 98, 212; 117, 260; BGH, Urt. v. 31. 10. 1986 – V ZR 140/85, NJW 1987, 771).

Das Haus selbst ist in seiner Bewohnbarkeit nicht beeinträchtigt. Der Kläger hat vielmehr allein aus finanziellen Erwägungen dessen Nutzungsform geändert, indem er ausgezogen ist und das Haus weitervermietet hat. Selbst dann, wenn der Eigentümer sich aus dringenden wirtschaftlichen Gründen veranlaßt sieht, die Selbstnutzung der eigenen Sache aufzugeben und sie einer anderen Verwendung zuzuführen, kann das allein keinen Ersatzanspruch begründen, solange dem Eigentümer eine sinnvolle Verwendung der Sache weiterhin möglich ist.

Das Urteil BGHZ 88, 11 enthält – entgegen der Ansicht von Gretzinger (DStR 1993, 340) – ebenfalls keine Aussage, die hier die Gewährung von Nutzungsentschädigung zu rechtfertigen vermöchte. In dem jener Entscheidung zugrundeliegenden Fall hatte der Verkäufer das schon zu Eigentum erworbene Fahrzeug nicht sofort zum Verkehr zulassen können, weil der Kraftfahrzeugbrief fehlte. Dort stand der Nutzung ein rechtliches Hindernis entgegen, das sich für den Eigentümer ebenso auswirkte wie der Verlust der Gebrauchsmöglichkeit infolge einer Beschädigung der Sache. **Dem Kläger wäre es dagegen möglich gewesen, sein Haus weiterhin selbst zu bewohnen. Das hätte ihm lediglich Kosten verursacht, die er nicht mehr aufzubringen bereit war. In einem solchen Fall kann daher ein eventueller Schaden schon im Ansatz nur durch Gegenüberstellung der Kosten und der Einnahmen (inklusive Wertsteigerung) für das Haus geltend gemacht werden.** Ob ein solcher Anspruch begründet wäre, braucht der Senat indes nicht zu entscheiden, weil der Kläger keine Anschlußrevision eingelegt hat. ....

## Fristenkontrolle

- Ausgangskontrolle
  - Häkchenverfahren
  - Detailanweisung
  - Sorgfaltsverstoß des RA
- (BGH, Beschl. v. 18.10.1993 – II ZB 7/93)

### Leitsatz:

Zu den organisationsmäßigen Anforderungen an eine wirksame Ausgangskontrolle für fristwahrende Schriftsätze.

### Aus den Gründen:

I.

Der Kläger hat gegen das seiner Prozeßbevollmächtigten am 9.2.1993 zugestellte Urteil des Landgerichts, durch das die Klage abgewiesen worden ist, am 16.3.1993 Berufung eingelegt und gleichzeitig wegen Versäumung der Berufungsfrist Wiedereinsetzung in den vorigen Stand beantragt. Zur Begründung dieses Antrags hat er unter Glaubhaftmachung vorgetragen, im Fristenkalender der von ihm mit der Berufungseinlegung beauftragten Rechtsanwälte sei die auf den 9.3.1993 eingetragene Berufungsfrist – entsprechend der dort üblichen Handhabung – „abgehakt“ worden, obwohl die Berufung noch nicht eingelegt gewesen sei. Der Grund dieses Versehens sei nicht zu ermitteln. Die langjährige Büroangestellte, die damals mit der Überprüfung der Fristabläufe beauftragt gewesen sei, habe wegen jenes „Hakens“ angenommen, daß die Berufungsschrift bereits eingereicht worden sei. In der Vergangenheit sei noch nie eine Frist wegen falschen „Abhakens“ der Fristnotierung versäumt worden.

Das Oberlandesgericht hat durch den angefochtenen Beschluß den Wiedereinsetzungsantrag zurückgewiesen und die Berufung als unzulässig verworfen. Dagegen richtet sich die sofortige Beschwerde des Klägers.

II.

Die sofortige Beschwerde ist zulässig und begründet. Dem Kläger ist gemäß § 233 ZPO Wiedereinsetzung in den vorigen Stand zu gewähren, weil er die Berufungsfrist ohne ein ihm zuzurechnendes Verschulden versäumt hat.

1. Nach der ständigen Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs muß der Prozeßbevollmächtigte einer Partei, um seiner Sorgfaltspflicht zu genügen, durch geeignete organisatorische Maßnahmen dafür sorgen, daß hinsichtlich fristwahrender Schriftsätze eine wirksame Ausgangskontrolle stattfindet, durch die zuverlässig gewährleistet wird, daß solche Schriftsätze tatsächlich rechtzeitig hinausgehen. Zu diesem Zweck ist ein Fristenkalender zu führen, und es muß sichergestellt werden, daß die im Kalender vermerkten Fristen erst dann gelöscht werden, wenn die fristwahrende Maßnahme durchgeführt, der Schriftsatz also gefertigt und abgesandt oder zumindest postfertig gemacht worden ist. Nur bei einer solchen Handhabung kann die Eintragung im Fristenkalender ihren Sicherungszweck erfüllen (vgl. BGH, Beschl. v. 28.11.1990 – XII ZB 19/90, NJW 1991, 1178). Die Erledigung der bis zum Fristablauf zu treffenden Maßnahme kann im Kalender durch Streichung der Fristeintragung oder in sonstiger Weise kenntlich gemacht werden (BGH, Beschl. v. 17.10.1990 – XII ZB 84/90, FamRZ 1991, 423, 424). Das Oberlandesgericht hat Bedenken geäußert, ob das in der Kanzlei der Prozeßbevollmächtigten des Klägers gehandhabte „Häkchen-Verfahren“ geeignet ist, eine wirksame Ausgangskontrolle zu gewährleisten, weil es offenbar keine Anweisung gebe, an welcher Stelle der für den jeweiligen Fristeintrag verwendeten Zeile der die Erledigung anzeigende „Haken“ anzubringen sei, und weil eine besondere Rubrik dafür nicht vorgesehen sei. Die vom Kläger vorgelegten Ablichtungen aus dem Fristenkalender zeigten, daß die Häkchen an ganz unterschiedlichen Stellen und in einer Weise gesetzt worden seien, die wegen des zu engen Zeilenabstands die Zuordnung zu einer bestimmten Eintragung erschwere. Letztlich hat das Oberlandesgericht die Frage, ob hierin ein Organisationsfehler zu sehen sei, offengelassen. Diese Frage ist zu verneinen; die Bedenken des Oberlandesgerichts sind nicht gerechtfertigt.

Auf welche Weise die Erledigung bei der entsprechenden Eintragung im Fristenkalender kenntlich gemacht wird, ist für die Erfüllung der dem Rechtsanwalt obliegenden Sorgfaltspflicht ohne Bedeutung. Ausschlaggebend ist, ob durch das angewandte Verfahren sichergestellt ist, daß eine noch unerledigte Maßnahme nicht als erledigt dargestellt wird. Das von den Prozeßbevollmächtigten des Klägers gehandhabte „Häkchen-Verfahren“ kann nicht grundsätzlich als zur Erfüllung dieses Zwecks ungeeignet angesehen werden. Es muß auch nicht unbedingt eine besondere Spalte im Kalender zur Anbringung des die Erledigung anzeigenden Häkchens eingerichtet werden. Das einfache „Abhaken“ von Eintragungen ist eine allgemein gebräuchliche Methode, deren

Erledigung kenntlich zu machen. Sie kann auch für das Löschen von Fristen für anwaltliche fristwahrende Schriftsätze nicht von vornherein verworfen werden. **Erst wenn der Rechtsanwalt Anlaß hat, an der zuverlässigen Handhabung dieses Vorgehens zu zweifeln, muß er durch weitere Detailanweisungen sicherstellen, daß die die Erledigung kennzeichnenden Häkchen so angebracht werden, daß sie nicht einer anderen Eintragung als der, für die sie bestimmt sind, zugeordnet werden können.** Ein solcher Anlaß bestand für die Prozeßbevollmächtigten des Klägers bis zu der Fristversäumung in der vorliegenden Sache nicht; denn der Kläger hat glaubhaft gemacht, daß die Art und Weise des im Büro seiner Prozeßbevollmächtigten üblichen „Abhakens“ noch nie zur Versäumung einer Frist geführt hat. **Die Anforderungen an die Sorgfaltspflicht des Rechtsanwalts würden überspannt, wenn man von ihm verlangen wollte, von vornherein auch genaue Anweisungen darüber zu erteilen, an welcher bestimmten Stelle das Erledigungshäkchen anzubringen sei.**

2. Das Oberlandesgericht hat die Wiedereinsetzung mit der Begründung verneint, daß der Prozeßbevollmächtigte des Klägers, als er am Spätnachmittag des 9.3.1993 die Frist noch einmal persönlich überprüft habe, aufgrund mangelnder Sorgfalt nicht bemerkt habe, daß wegen der Art und Weise der Anbringung des Häkchens – dieses setzte im oberen Teil der nächsttieferen Zeile an und führte von dort in die Zeile hinauf, in der die Berufungsfrist in dieser Sache eingetragen war – zumindest unklar gewesen sei, auf welche Eintragung es sich beziehen sollen. Ein hierin etwa liegendes Verschulden des Prozeßbevollmächtigten ist indessen für die Entscheidung, ob dem Kläger Wiedereinsetzung zu gewähren ist, unerheblich. Hätte die mit der Fristenkontrolle betraute Büroangestellte diese ordnungsgemäß vorgenommen und bei einer etwaigen Unklarheit die Handakte und gegebenenfalls das für Gerichtssachen bestimmte Fach eingesehen, so wäre, wie das Oberlandesgericht im Zusammenhang mit der Beurteilung des Verhaltens des Prozeßbevollmächtigten selbst zutreffend ausgeführt hat, die Frist gewahrt worden. **Daß dieser als zusätzliche Vorsichtsmaßnahme die Erledigung durch Einsicht in den Fristenkalendar auch persönlich überprüft hat und daß ihm dabei möglicherweise ein Sorgfaltsverstoß unterlaufen ist, ist unschädlich. Eine solche zusätzliche Vorsichtsmaßregel gereicht der Partei nicht zum Nachteil, wenn der Rechtsanwalt dabei unsorgfältig vorgeht** (BGH, Beschl. v. 11. 10. 1989 – IVa ZB 7/89, BGHR ZPO § 233 – Anwaltsverschulden 2, und v. 17.6.1992 – XII ZB 60/92, BGHR ZPO § 233 – Fristenkontrolle 26).

## Fristenkontrolle

– Büroorganisation

(BFH, Beschl. v. 28.1.1993 – IX B 41/92 – BFH/NV 1993, 738)

### Leitsatz:

1. Voraussetzung für eine ordnungsgemäße und eine die zureichende Fristenkontrolle sicherstellende Büroorganisation ist ein Fristenkontrollbuch (oder eine vergleichbare Einrichtung), in dem der Ablauf der Fristen aller einzelnen Sachen vermerkt sein muß und in dem die Frist aller einzelnen Sachen vermerkt sein muß und in dem die Frist erst nach Vornahme der zu ihrer Einhaltung erforderlichen Handlung gestrichen werden darf (ständige Rechtsprechung).
2. Beruft sich der Prozeßbevollmächtigte zur Begründung seines Wiedereinsatzantrages auf ein Büroversehen, so muß er jedenfalls vortragen, überhaupt ein Fristenkontrollbuch oder ein zu Fristüberwachung vergleichbares Verfahren eingerichtet zu haben.

### Aus den Gründen:

Ein Verschulden ist schon in einer unzureichenden Fristenkontrolle zu sehen; denn ein Prozeßbevollmächtigter hat durch die Organisation seines Bürobetriebs sicherzustellen, daß Fristversäumnisse ausgeschlossen sind. **Unerläßliche Voraussetzung einer ordnungsgemäßen Büroorganisation ist ein Fristenkontrollbuch oder eine vergleichbare Einrichtung** (BFH-Urteil vom 9.5.1961, I 237/60 S, BFHE 73, 491, BStBl III 1961, 445; BFH-Beschluß vom 17.8.1988, III B 174/86, BFH/NV 1989, 240; BFH-Urteil vom 6.5.1987, II R 40/86, BFH/NV 1988, 444; Senatsbeschluß in BFH/NV 1991, 167). In diesem Buch muß der Ablauf der Fristen aller einzelnen Sachen vermerkt sein. Die Frist darf erst nach Vornahme der zu ihrer Einhaltung erforderlichen Handlung gestrichen werden. Eintragungen und spätere Streichungen sind erforderlich, damit die rechtzeitige Absendung der Schriftstücke gewährleistet ist (BFH-Urteil in BFH/NV 188, 444, m.w.N.).

Die Kläger haben nicht vorgetragen, ob der Kläger überhaupt ein Fristenkontrollbuch oder ein zur Fristüberwachung vergleichbares Verfahren eingerichtet hat. Allein der Vortrag, die Mitarbeiterin führe über alle Schriftstücke Buch, welche sie in Reinschrift fertige und in die Postmappe lege, reicht hierzu bereits deshalb nicht aus, weil diese Aufzeichnungen eine Fristenkontrolle ebensowenig ermöglichen wie die vorgetragene Post-



ausgangsüberwachung durch den Kläger selbst. Das vom Kläger beschriebene Verfahren ist nicht dazu geeignet, in irgendeiner Weise organisatorisch sicherzustellen, daß rechtzeitige Fertigung und Absendung des fristwahrenden Schriftsatzes überwacht werden können. Es ist nicht erkennbar, daß hierzu ausreichende Vorkehrungen getroffen worden sind.

### **Beraterpflichten**

- drohender Fristablauf
- briefliche Mitteilungen
- Vollmacht
- Wiedereinsetzung
- Abwesenheitsanschrift

(OLG Düsseldorf, Urt. v. 21. 10. 1993 – 13 U 295/92)

### **Leitsätze:**

1. Der mit der Klage vor dem Finanzgericht beauftragte Steuerberater handelt pflichtwidrig, wenn er es unterläßt, seine Partei über den drohenden Ablauf einer vom Gericht gesetzten Ausschlußfrist (hier: Frist zur Vorlage der Prozeßvollmacht gemäß § 62 Abs. 3 Satz 2 FGO) in Kenntnis zu setzen.
2. Für die durch die anschließende Klageabweisung wegen nicht rechtzeitiger Vorlage der Prozeßvollmacht ausgelösten Nachteile hat der Steuerberater indessen nicht einzustehen, wenn die Partei auch bei Erfüllung der Informationspflicht durch den Steuerberater die vom Gericht verfügte Fristsetzung wegen einer dem Steuerberater nicht bekannten mehrwöchigen Ortsabwesenheit nicht rechtzeitig hätte zur Kenntnis nehmen können und wenn die Partei keine Sorge dafür getroffen hat, daß sie während ihrer Abwesenheit über Zustellungen an ihren Prozeßbevollmächtigten unterrichtet werden kann.

**Leitsätze (d.Verf.):**

1. Der Steuerberater kann den Mandanten durch einfachen Brief informieren. Er hat regelmäßig keinen Anlaß zur Rückfrage, ob der Brief angekommen sei.
2. Eine Vollmachtserteilung durch einen Brief ist nicht ausgeschlossen.
3. Die Fristversäumnis erfolgt schuldhaft, wenn die Partei in einem anhängigen Verfahren dem Prozeßbevollmächtigten keine Anschrift angibt, unter der ihr wichtige Mitteilungen zugeleitet werden können.

**Tatbestand:**

Nachdem der Kläger die ihm zur Abgabe der Einkommensteuererklärung 1985 gesetzten Fristen hatte verstreichen lassen, nahm das Finanzamt eine Schätzung der Besteuerungsgrundlage nach § 162 Abgabenordnung (AO) vor und setzte durch Bescheid vom 15. 12. 1987 die vom Kläger und seiner Ehefrau für das Jahr 1985 zu entrichtende Einkommensteuer auf 69.376 DM fest.

Den hiergegen vom Kläger erhobenen Einspruch wies das Finanzamt durch Bescheid vom 8. 6. 1988 zurück. Daraufhin beauftragte der Kläger den Beklagten, den Einspruchsbescheid anzufechten. Die entsprechende Klage wurde am 29. 6. 1988 bei dem Finanzgericht eingereicht. Mit Schreiben vom 29. 6. oder 11. 8. 1988 übersandte der Beklagte dem Kläger einen vorgefertigten Vollmachtsvordruck für das finanzgerichtliche Verfahren mit der Bitte um Unterzeichnung und Rückgabe. Am 28. 9. 1988 erinnerte der Beklagte vergeblich an die Übersendung der erbetenen Prozeßvollmacht. Mit Verfügung vom 3. 11. 1988 setzte das Finanzgericht dem Beklagten zur Vorlage der Prozeßvollmacht eine Frist bis zu 5. 12. 1988. Der Beklagte unterrichtete den Kläger hiervon mit Schreiben vom 10. 11. 1988.

Am 5. 12. 1988 übersandte der Kläger dem Beklagten die Einkommen- und Umsatzsteuererklärung für das Jahr 1985 und teilte mit, daß er bis zum 31. 12. 1988 nicht zu erreichen sei. Die erbetene Prozeßvollmacht war dem Schreiben nicht beigelegt.

Durch Verfügung vom 16. 12. 1988, dem Beklagten zugestellt am 21. 12. 1988, setzte das Finanzgericht eine Ausschlußfrist von einem Monat für die Beibringung der Prozeßvollmacht. Eine Nachricht hierüber ist dem Kläger nicht zugegangen. Der Kläger begab sich nach seiner Rückkehr am 31. 12. 1988 am folgenden Tag auf eine Geschäftsreise, von der er erst Anfang Februar 1989 zurückkehrte. Von dieser Ortsabwesenheit des

Klägers im Anschluß an den Urlaub hatte der Beklagte keine Kenntnis. Nach seiner Rückkehr im Februar 1989 übergab der Kläger dem Beklagten die Prozeßvollmacht, die am 7.2.1989 beim Finanzgericht eingegangen ist.

Das Finanzgericht hat die Klage zunächst durch Vorbescheid vom 24.2.1989 und sodann nach mündlicher Verhandlung durch Urteil vom 18.5.1989 als unzulässig abgewiesen, weil die dem Gericht vorzulegende schriftliche Prozeßvollmacht nicht innerhalb der Ausschlußfrist bei Gericht eingegangen sei und weil Wiedereinsetzungsgründe i.S.v. § 56 FGO weder vorgebracht noch sonst ersichtlich seien.

Der Kläger nimmt nunmehr den Beklagten auf Schadenersatz wegen fehlerhafter Erledigung des Auftrags zur Durchführung des finanzgerichtlichen Verfahrens in Anspruch. Durch die bestandskräftige Schätzung der Besteuerungsgrundlage sei ein Schaden von 23.526 DM zuzüglich Gerichtskosten entstanden. Aufgrund der Bestandskraft des Bescheids vom 15.12.1987 habe er in der genannten Höhe zu viel Einkommensteuer entrichten müssen.

Das Landgericht hat die Klage abgewiesen: Zwar habe der Beklagte die vertragliche Pflicht, die Interessen des Mandanten bei der Durchführung des finanzgerichtlichen Rechtsstreits sorgfältig und umsichtig zu wahren, verletzt. Gleichwohl stehe dem Kläger aus der Vertragsverletzung kein Ersatzanspruch zu. Denn der Kläger trage an der Fristversäumnis und der darauf beruhenden Klageabweisung den maßgeblichen Verschuldenanteil, hinter den das Verschulden des Beklagten zurücktrete.

Dagegen richtet sich die Berufung des Klägers, der zusätzlich geltend macht, sein Schreiben vom 5.12.1988 habe zugleich die Erteilung der Prozeßvollmacht enthalten; somit hätte der Beklagte dieses Schreiben dem Finanzgericht zur Fristwahrung vorlegen können und müssen.

#### **Aus den Gründen:**

Die Berufung des Klägers hat keinen Erfolg.

Das Landgericht hat die auf Zahlung von 24.669,40 DM gerichtete Klage im Ergebnis zu Recht abgewiesen.

Der Schadenersatzanspruch des Klägers scheitert daran, daß die dem Beklagten anzulastende Pflichtversäumnis für die Steuermehrbelastung des Klägers nicht ursächlich gewesen ist. In Übereinstimmung mit dem Landgericht geht der Senat davon aus, daß der Beklagte es pflichtwidrig unterlassen hat, den Kläger auf den drohenden Ablauf der Ausschlußfrist

zur Vorlage der Prozeßvollmacht hinzuweisen. Der Beklagte behauptet zwar, am 2.1.1989 fernmündlich versucht zu haben, den Kläger über die durch Verfügung vom 16.12.1988 gesetzte Ausschußfrist zu informieren. Ob dies zutrifft, kann dahinstehen. Denn ein solcher Versuch war zur Erfüllung der dem Beklagten obliegenden Informationspflicht unzureichend. Die Rechtsprechung verlangt von einem Rechtsanwalt – und dies gilt auch für einen Steuerberater (Späth, Die zivilrechtliche Haftung des Steuerberaters, S. 170 = Rdnr. 227), daß er die äußerste nach Lage des Falles vernünftigerweise zu erwartende Sorgfalt anwendet. **Der Steuerberater hat den Mandanten über die laufenden Fristen zu informieren** (Gräfe u. a., Steuerberaterhaftung, 2. Aufl., S. 83 = Rdnr. 206). **Angesichts der Pflicht des Steuerberaters, jeweils den sichereren Weg zu beschreiten, hätte der Beklagte den Kläger schriftlich über den Inhalt der gerichtlichen Verfügung vom 16.12.1988 unterrichten müssen.** Dies ist nicht geschehen.

Allerdings war der Beklagte nicht verpflichtet, die am 21.12.1988 ihm zugestellte gerichtliche Verfügung noch vor dem 31.12.1988 dem Kläger zuzusenden. Denn der Kläger hatte den Beklagten zuvor mit Schreiben v. 5.12.1988 dahin unterrichtet, daß er erst nach dem 31.12.1988 von einer Urlaubsreise zurückkehren werde. Unter diesen besonderen Umständen ist es dem Beklagten nicht anzulasten, wenn er vor Ende Dezember 1988 nicht versucht hat, den Kläger über den drohenden Fristablauf zu unterrichten.

Soweit der Beklagte es pflichtwidrig unterlassen hat, nach dem 1.1.1989 den Kläger über den Inhalt der gerichtlichen Verfügung vom 16.12.1988 in Kenntnis zu setzen, war dieses Versäumnis für den späteren Eintritt des Schadens nicht ursächlich. **Die Kausalität ist zu verneinen, da eine rechtzeitige Information seitens des Beklagten die Abweisung der Klage durch das Finanzgericht nicht hätte verhindern können. Der Steuerberater kann sich der Informationspflicht durch einfache briefliche Mitteilung entledigen. Er hat im Regelfall keinen Anlaß, bei dem Mandanten zurückzufragen, ob er den Brief erhalten hat** (Gräfe a.a.O., S. 83 = Rdnr. 206). Hätte der Beklagte, nachdem er seiner Darstellung entsprechend am 2.1.1989 vergeblich versucht hatte, den Kläger fernmündlich zu unterrichten, die gerichtliche Verfügung zur Vorlage der Prozeßvollmacht auf dem Postwege dem Kläger zugeleitet, wäre eine Einhaltung der bis zum 21.1.1989 gesetzten Ausschußfrist gleichwohl nicht möglich gewesen. Denn der Kläger kehrte erst nach Fristablauf von seiner Geschäftsreise zurück. Die verspätete Vorlage der Prozeßvollmacht ist somit nicht auf das pflichtwidrige Verhalten des Beklagten zurückzuführen.

Entgegen der Auffassung des Klägers handelte der Beklagte nicht pflichtwidrig, wenn er es unterlassen hat, das Schreiben des Klägers vom

vom 5.12.1988 dem Finanzgericht als „Ersatz“-Vollmacht vorzulegen. Zwar ist die Erteilung einer Prozeßvollmacht an keine bestimmte Form gebunden: Nach § 80 Abs. 1 ZPO, § 62 FGO ist allein die Wahrung der Schriftform erforderlich. **Eine Vollmachterteilung in Gestalt eines Briefes ist nicht ausgeschlossen. Allerdings ist die Erteilung der Vollmacht von dem ihr zugrunde liegenden Grundgeschäft begrifflich zu trennen** (Zöller/Vollkommer, § 80 ZPO, Rdnr. 2). Das Schreiben des Klägers vom 5. 12. 1988 bezog sich seinem Inhalt nach auf das Grundgeschäft. Nachdem der Beklagte zuvor eine von ihm vorbereitete schriftliche Vollmacht erbeten und angemahnt hatte, hatte er keinen begründeten Anlaß, das Schreiben des Klägers vom 5. 12. 1988 auch als Erteilung der Prozeßvollmacht zu verstehen. Dies gilt um so mehr, als der Auftrag zur Klageerhebung bereits im Juni 1988 erteilt worden war.

Ebensowenig war es pflichtwidrig, daß der Beklagte es unterlassen hat, beim Finanzgericht eine Verlängerung der am 21. 1. 1989 ablaufenden Frist zu beantragen oder rechtzeitig um **Wiedereinsetzung in den vorigen Stand** nachzusuchen. Entsprechende Anträge wären ohne Erfolg geblieben. Gemäß § 62 Abs. 3 S. 3 FGO setzt das Finanzgericht zum Nachweis der Vollmacht, deren Fehlen von Amts wegen zu berücksichtigen ist, eine Frist mit ausschließender Wirkung. Diese Frist kann nicht verlängert werden (Tipke/Kruse, AO/FGO, § 62 FGO, Rdnr. 12). Statt dessen sind im Fall der Fristversäumung die Vorschriften über die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand anwendbar (§§ 62 Abs. 3 S. 4, 56 FGO). Dies bedeutet, daß ein Antrag des Beklagten auf Fristverlängerung von vornherein aussichtslos war. Aber auch ein Antrag auf Wiedereinsetzung versprach keinen Erfolg. Denn die Frist zur Vorlage der Vollmacht wurde nicht ohne Verschulden des Klägers versäumt. Der Kläger hat es nicht nur unterlassen, die wiederholte Bitte des Beklagten um Übersendung der Vollmacht zu erfüllen. Er hat auch davon abgesehen, den Beklagten rechtzeitig von der bis Ende Januar 1989 andauernden Abwesenheit zu unterrichten und darüber hinaus dafür Sorge zu tragen, daß er für wichtige Mitteilungen erreichbar blieb. **Wiedereinsetzung in den vorigen Stand ist zu versagen, wenn die Partei in einem anhängigen Verfahren ihrem Prozeßbevollmächtigten keine Anschrift angibt, unter der ihr Zustellungen an den Bevollmächtigten mitgeteilt werden können** (Zöller/Stephan, § 233 ZPO, Rdnr. 23 unter Hinweis auf BGH NJW 1988, 2672). Die im Schriftsatz des Klägers vom 24. 9. 1993 vertretene Auffassung, er habe nicht damit rechnen müssen, daß während seiner Abwesenheit eine Ausschußfrist zur Vorlage der Vollmacht gesetzt werden würde, trifft nicht zu. Bereits mit Schreiben vom 10. 11. 1988 hatte der Beklagte den Kläger über eine gerichtliche Frist zur Vorlage der Prozeßvollmacht unterrichtet. Der Kläger hatte somit beson-

deren Anlaß, seinem Bevollmächtigten eine Kontaktadresse für wichtige Informationen über den Verlauf des anhängigen Verfahrens zu hinterlassen. Die durch die Ortsabwesenheit des Klägers bedingte Unkenntnis vom drohenden Ablauf der Ausschußfrist zur Vorlage der Vollmacht war daher kein Wiedereinsetzungsgrund.

### Steuerberaterhaftung

- Fristversäumnis, Fristenkontrolle
- Verjährungsbeginn
- Wiedereinsetzungsantrag
- Anmerkung

(OLG Düsseldorf, Urt. v. 21.10.1993 – 13 U 1/93)

#### Leitsätze:

1. Der Steuerberater hat Vorkehrungen dafür zu treffen, daß seinem Mandanten der Nachweis einer unverschuldeten Fristversäumung ermöglicht wird.
2. Wird die Einspruchsfrist gegen einen Steuerbescheid versäumt, so beginnt die Verjährung der gegen den Steuerberater gerichteten Schadenersatzansprüche mit dem Ablauf der Frist. Die gesetzlich vorgesehene Möglichkeit, Wiedereinsetzung in den vorigen Stand zu beantragen, hat keinen Einfluß auf den Verjährungsbeginn.

#### Aus den Gründen:

.....

1. Die vom Kläger erhobenen Schadenersatzansprüche finden ihre Rechtsgrundlage in den Grundsätzen über die positive Vertragsverletzung. Ein Vertrag, durch den einem Steuerberater – wie hier – Anfertigung und Einreichung der Steuererklärungen sowie die Vertretung im Steuerfestsetzungs- und Rechtsbehelfsverfahren übertragen wird, ist Dienstvertrag, der eine Geschäftsbesorgung zum Gegenstand hat. Da das Dienstvertragsrecht keine gesetzlichen Gewährleistungsvorschriften kennt, kommt im Fall der Schlechterfüllung eine Haftung wegen positiver Vertragsverletzung in Betracht. Der Beklagte hat es zu vertreten, daß der Kläger verpflichtet ist, für das Jahr 1983 überhöhte

Einkommensteuer und darüber hinaus Verspätungszuschläge und Säumniskosten zu entrichten.

**Der Steuerberater hat die Interessen seines Auftraggebers in den Grenzen des erteilten Mandats nach jeder Richtung und umfassend wahrzunehmen.** Er muß sein Verhalten so einrichten, daß er Schädigungen des Auftraggebers – selbst nach dem Entzug des Mandats – vermeidet (BGH NJW 1992, 1695, 1696). Daraus ergibt sich auch die Pflicht, Vorkehrungen dafür zu treffen, daß dem Mandanten der **Nachweis einer unverschuldeten Fristversäumung** ermöglicht wird. **Dieser Nachweis kann, wenn es um Verzögerungen oder den Verlust von Briefsendungen geht, die einen bestimmenden Schriftsatz enthalten, in der Regel nur gelingen, wenn der Steuerberater ein Postausgangsbuch oder einen Fristenkalender mit Absendevermerk führt** (Gräfe/Lenzen/Rainer, Steuerberaterhaftung, 2. Aufl., Rdn. 213). Dieser **Dokumentationspflicht** hat der Beklagte unstreitig nicht genügt.

Auf das Bestehen einer nachvollziehbaren Ausgangskontrolle kommt es allerdings dann nicht an, wenn der rechtzeitige Ausgang des ein Rechtsmittel enthaltenden Schriftsatzes unmittelbar glaubhaft gemacht wird (BGH NJW 1983, 884, 885). Das ist hier jedoch nicht geschehen. Zwar hat der Beklagte vor dem Finanzgericht bekundet, er habe den Einspruch vom 20.1.1986 gegen den Einkommensteuerbescheid 1983 entweder in seinem Wohnort oder in seinem Arbeitsort, zur Post gebracht oder an seinem Arbeitsplatz in den Geschäftsgang gegeben. In Übereinstimmung mit dem Finanzgericht ist der Senat der Auffassung, daß damit kein konkreter Geschehensablauf glaubhaft gemacht ist. Die vom Beklagten eingeräumte Möglichkeit, das Einspruchsschreiben an seinem Arbeitsplatz – er ist hauptberuflich in einem Angestelltenverhältnis tätig – in den Geschäftsgang gegeben zu haben, umfaßt das Eingeständnis einer unzureichenden Ausgangskontrolle. Der Beklagte kann schon nicht ausschließen, daß die Sendung im Geschäftsbereich seines Arbeitgebers verloren gegangen ist. Das Finanzgericht hat dem Kläger im Urteil vom 16.1.1992 daher zu Recht die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand wegen Versäumung der Einspruchsfrist gegen den Einkommensteuerbescheid 1983 versagt.

2. Entgegen der Auffassung des Beklagten steht auch fest, daß seine Pflichtverletzung einen Schaden von 20.086,16 DM verursacht hat
  - a) Das Finanzamt hat die **Einkünfte des Klägers** für das Jahr 1983, die tatsächlich bei 14.425,63 DM lagen, auf 65.000 DM **geschätzt**. Die Behauptung des Beklagten, er habe die in der Einkommensteuer-

erklärung deklarierten Einkünfte nicht ermittelt, sondern mangels vom Kläger zur Verfügung gestellter Unterlagen einfach mit einem Betrag von 14.425 DM angegeben, entspricht nicht den Tatsachen. Der Beklagte hat im erstinstanzlichen Verfahren vorgetragen, daß ihm Unterlagen, wenn auch nicht vollständig, vorgelegt worden seien und daß er daraufhin die Einnahme-Überschußrechnung für die Jahre 1982 bis 1985 erstellt habe. In seiner Einspruchsschrift vom 20.1.1986 heißt es überdies, die vom Finanzamt geschätzten Einkünfte aus Gewerbebetrieb seien um mindestens 50.000 DM zu hoch festgesetzt worden. Bei dieser Sachlage hätte der Beklagte schon näher darlegen müssen, welche Positionen in der Überschußrechnung 1983 nicht belegt worden sind.

- b) Der Beklagte hat es auch zu vertreten, daß gegen den Kläger Verspätungszuschläge von 500 DM festgesetzt worden sind. Trotz rechtzeitiger Aushändigung der erforderlichen Unterlagen ist die Steuererklärung für das Jahr 1983 nicht fristgerecht eingereicht worden. Das steht fest aufgrund der erstinstanzlichen Beweisaufnahme.

Der Beklagte hat auch die festgesetzten Säumniszuschläge von 812 DM zu erstatten. Er weist zwar zutreffend darauf hin, daß der Einspruch gegen den Steuerbescheid die Vollziehung nicht hemme. Der Kläger hat aber unwidersprochen vorgetragen, angesichts seiner wirtschaftlichen Situation zur Zahlung des überhöhten Steuerbetrages nicht in der Lage gewesen zu sein. Hätte der Kläger in dieser Situation ein Darlehen aufgenommen, wären keine geringeren Kosten angefallen.

## II.

Zur Anschlußberufung:

Der Kläger kann den im Berufungsrechtszug geltend gemachten Schadenbetrag von 6.766,71 DM nicht beanspruchen. Der Beklagte erhebt zu Recht die **Einrede der Verjährung**.

Nach § 68 StBG verjährt der Anspruch des Auftraggebers auf Schadenersatz aus dem zwischen ihm und dem Steuerberater bestehenden Vertragsverhältnis in drei Jahren von dem Zeitpunkt an, in dem der Anspruch entstanden ist. **Auf die Kenntnis des Geschädigten von der Pflichtverletzung kommt es nicht an** (BGH NJW 1985, 2250, 2252 = GI 32/85). Wird eine Notfrist versäumt, bei der Einspruchsfrist handelt es sich um eine solche, so ist **der Schaden mit dem Ablauf dieser Frist entstanden**. Die gesetzlich vorgesehene Möglichkeit, **Wiedereinsetzung in den vorigen Stand** zu beantragen und die Frage, wann die Entscheidung des Finanz-



gerichts über das Wiedereinsetzungsgesuch rechtskräftig wird, sind ohne Bedeutung. Wollte man auf diesen Zeitpunkt abstellen, wäre der **Verjährungsbeginn ungewiß, weil von der Entscheidung des Finanzgerichts abhängig** (Senat, GI 1993, 210, 211). Der Einkommensteuerbescheid 1983 ist dem Kläger am 3.1.1986 zugestellt worden. Die Frist zur Einlegung des Einspruchs endete am 3.2.1986 (§§ 355, 108 AO, §§ 187 Abs. 1, 188 Abs. 2 BGB). Die am 4.2.1986 in Gang gesetzte Verjährungsfrist lief auch hinsichtlich der mit der Anschlußberufung geltend gemachten Kosten. Denn **bei jedem Schadeneintritt beginnt die Verjährung einheitlich für alle daraus entstandenen Folgen, soweit diese beim Auftreten des ersten Schaden voraussehbar waren** (BGH NJW 1979, 264). Die bis zum 3.2.1989 laufende Verjährungsfrist ist hinsichtlich der mit der Anschlußberufung geltend gemachten Mehrforderung weder unterbrochen noch gehemmt worden. Im Zeitpunkt der Zustellung der Anschlußberufung, also am 5.3.1993, war diese Schadenersatzforderung längst verjährt.

Der Kläger kann sich nicht darauf berufen, daß die Verjährung mit der Zustellung der Klageschrift in Höhe eines Betrages von 32.867,14 DM unterbrochen worden ist. In der mündlichen Verhandlung vom 22.3.1989 hat er beantragt, den Beklagten nur noch zur Zahlung von 31.169,98 DM zu verurteilen und damit die Klage teilweise zurückgenommen.

Schließlich enthält das angefochtene Schlußurteil keinen Rechenfehler. Vielmehr hat das Landgericht dem Kläger im Teilurteil vom 5.11.1990 Verspätungszuschläge hinsichtlich des Steuerjahres 1982 nicht in Höhe von 300 DM, sondern nur von 200 DM zuerkannt. Es liegt mithin eine teilweise Klageabweisung vor.

Die Einrede der Verjährung verstößt nicht gegen das auf § 242 BGB abzuleitende **Verbot der unzulässigen Rechtsausübung**. Der Zweck der Verjährungsregelung in § 68 StBG gebietet es, **strenge Maßstäbe** anzulegen und den Einwand der unzulässigen Rechtsausübung nur bei einem wirklich groben Verstoß gegen Treu und Glauben durchgreifen zu lassen, etwa wenn der Verpflichtete den Berechtigten durch sein Verhalten von der rechtzeitigen Klageerhebung abgehalten oder in nach objektiven Maßstäben zu der Annahme veranlaßt hat, es werde auch ohne Rechtsstreit eine vollständige Befriedigung seines Anspruchs geben (BGH NJW 1988, 2245, 2247 = GI 88, 226). Diese Voraussetzungen sind hier nicht erfüllt.

Der Kläger kann sich schließlich nicht auf das Urteil des Oberlandesgerichts vom 21.1.1993 (NJW-RR 1993, 1150) berufen. Die für den Ablauf der Verjährungsfrist maßgeblichen Umstände stehen außer Streit.

.....

### Anmerkung

Büroversehen eines Mitarbeiters sind dem Steuerberater nicht anzulasten, wenn dieser für die ihm übertragenen Aufgaben ausgebildet ist und sich als zuverlässig erwiesen hat.

Die Berechnung einfacher und üblicher Fristen darf solchen Mitarbeitern überlassen werden (BFH/NV 1992, 533). Seltene Fristen muß der Berater selbst berechnen; hierzu zählt die Revisionsfrist (BFH BStBl II 1984, 446).

Eine ordnungsgemäße Büroorganisation setzt ein Fristenkontrollbuch bzw. einen Fristenkalender voraus, in dem der Fristablauf für jede einzelne Sache eingetragen und täglich kontrolliert wird (BFH BStBl II 1989, 267; BFH/NV 1986, 430; BGH BB 1990, 1085). Es muß eine Postausgangskontrolle stattfinden. Hierzu wird ein Postausgangsbuch oder ein Fristenkalender mit Absendevermerk benötigt (FG Rheinland-Pfalz GI 23/84; BFH/NV 1990, 248 = GI 1990, 134). Fristen dürfen erst gelöscht werden, wenn das abzusendende Schriftstück abgesandt ist oder zumindest postfertig, d. h. unterschrieben und in frankiertem Umschlag vorliegt (BFH BStBl II 1989, 266).

Grundsätzlich wird nicht verlangt, daß der Berater ohne konkreten Anlaß kurz nach Absendung des Schriftstückes beim Empfänger sich nach dessen fristgerechtem Eingang erkundigt (BVerfG NJW 1992, 38) (Gräfel).

### Haftung des Ergänzungspflegers / Vormundes

- mündelsichere Anlage
  - Sparbuch
  - höher verzinsliche Anlageart
- (AG Bremen, Urt. v. 14. 2. 1992 – 7 C 453/91 – WM 1993, 1959)

### Leitsätze:

1. Der Vormund ist dem Mündel für den aus einer Pflichtverletzung entstehenden Schaden verantwortlich, wenn ihm ein Verschulden zur Last fällt. Der Verschuldungsgrad wird nach § 276 BGB bestimmt, mithin der Pfleger nicht nur Vorsatz, sondern auch Fahrlässigkeit zu vertreten hat.
2. Die längere Anlage auf einem Sparbuch mit gesetzlicher Kündigungsfrist zum Eckzinssatz stellt eine Pflichtverletzung dar, wenn das Mündel gerade 6 Jahre alt ist, auf das Mündelgeld für den laufenden Unterhalt und für das Bestreiten von Ausgaben nicht angewiesen und mit ca. 27.000,- DM ein erhebliches Barvermögen auf dem Sparbuch aufgelaufen ist.

### Aus den Gründen:

Es ist nicht zu verkennen, daß dem Pfleger vorrangig die **Bewahrung des Vermögens**, der Erhalt des Bestandes, obliegt und er seine Tätigkeit nach seinem Ermessen auszuüben hat. Der Vormund und damit auch der Pfleger hat hierbei aber nicht nur die allgemeine Pflicht zu treuer und gewissenhafter Führung der Pflegschaft, § 1789 BGB, zur Vermögensverwaltung und zur Sorge für die Person des Mündels, § 1793 BGB, sondern u. a. auch ausdrücklich die Pflicht, Geld verzinslich anzulegen, § 1806 BGB (vgl. auch: Soergel/Siebert/Damrau, 12. Aufl., Rdn. 3 zu § 1833 BGB m.w.N.; Erman/H. Holzhauser, 8. Aufl., Rdn. 2, 4 zu § 1806 BGB). Der Pfleger hat eine pflichtgemäße Auswahl unter den **möglichen Anlagearten** zu treffen, wobei er primär auf § 1807 BGB und hilfsweise auch auf § 1808 BGB zurückgreifen kann, wobei sich nach den Umständen des Falles aber gerade auch eine Pflicht zur anderweitigen Anlegung im Sinne des § 1811 BGB und die entsprechende Einholung einer **Gestattung des Vormundschaftsgerichts** ergeben kann.

Diese Pflichten hat der Beklagte im vorliegenden Fall verletzt. Hierbei ist von den tatsächlichen Verhältnissen auszugehen, wonach das Mündel Anfang 1989 gerade 6 Jahre alt war, auf das Mündelgeld für den laufenden Unterhalt und für das Bestreiten von Ausgaben, § 1806 BGB, nicht angewiesen und im Januar 1989 mit ca. 27.000,- DM ein erhebliches Barvermögen auf dem Sparbuch aufgelaufen war. Bei dieser Konstellation stellt auch nach Ansicht des Gerichts bereits die längere Anlage auf einem Sparbuch mit gesetzlicher Kündigungsfrist zum Eckzinssatz eine Pflichtverletzung dar (vgl. auch: Soergel/Siebert/Damrau, 12. Aufl., Rdn. 2 zu § 1807 BGB), die dem Beklagten auch zuzurechnen ist (vgl. auch: MünchKomm/D. Schwab, 2. Aufl., Rdn. 6 zu § 1806 BGB).

Die sich für den Pfleger ergebende Pflicht zur Erlangung „wirtschaftlicher Vorteile“ zugunsten des Mündels folgt hierbei nicht nur aus dem grundsätzlichen „Gebot der Anlage“, das aus den §§ 1807, 1808 BGB abzuleiten ist, sondern gerade auch aus der Stellung des § 1811 BGB. **Danach rechtfertigen „erkennbare Vorteile“ ein Abweichen von der Regel der §§ 1807, 1808 BGB mit der Folge, daß dann eine andere Anlegung zu gestatten ist und, insoweit wirkt sich dies auf die Ermessensausübung des Pflgers aus,** beim Vorliegen entsprechender Voraussetzungen der Pflege auch zu Stellung eines Antrages gem. § 1811 BGB verpflichtet ist, um sich nicht schadenersatzpflichtig zu machen (vgl. Soergel/Siebert, 12. Aufl., Rdn. 4 und 7 zu § 1811 BGB; Erman/H. Holzhauser, 8. Aufl., Rdn. 6, 9 zu § 1811 BGB).

Auf eine dahingehende Pflichtverletzung muß im vorliegenden Fall aber im Ergebnis nicht abgestellt werden, da der Beklagte bereits bei der

Auswahl der gesetzlichen Regelanlagemöglichkeiten sein Ermessen pflichtwidrig ausgeübt hat. U. a. soll nach § 1807 Abs. 1 Nr. 5 BGB die in § 1806 BGB vorgeschriebene Anlegung von Mündelgeld nur erfolgen bei einer inländischen öffentlichen Sparkasse, wenn sie von der zuständigen Behörde des Bundesstaates, in welchem sie ihren Sitz hat, zur Anlegung von Mündelgeld für geeignet erklärt ist. Hierzu gehört auch „Die Sparkasse in B.“ (vgl. MünchKomm/D. Schwab, 2. Aufl., Rdn. 13 zu § 1807 BGB m.w.N.). Eine Anlage bei dieser im Sinne des § 1807 Abs. 1 Nr. 5 BGB stellt aber gerade nicht nur das **Sparbuch mit gesetzlicher Kündigungsfrist** und Eckzinssatz von derzeit 2,0 % dar, wie vorliegend vom Beklagten gewährt, sondern auch die von der Sparkasse ausgegebenen Sparkassenbriefe, Namensschuldverschreibungen, Sparkassenobligationen, Orderschuldverschreibungen und auch das Termingeld bei der Sparkasse (vgl. Soergel/Siebert/Damrau, 12. Aufl., Rdn. 15 zu § 1807 BGB; Erman/H. Holzhauser, 8. Aufl. Rdn. 21 zu § 1807 BGB). Auch diese Anlagen haben jeweils unter Berücksichtigung der Regelungen der §§ 1809 und 181 BGB zu erfolgen.

Unter Berücksichtigung der oben angeführten tatsächlichen Gegebenheiten des vorliegenden Falles hätte der Beklagte bei pflichtgemäßer Ermessensausübung solch eine **höherverzinsliche Anlageart bei der Sparkasse** wählen müssen, da bei gleicher Sicherheit der Zinszahlung und Rückzahlung ein höherer Zinssatz und unter Berücksichtigung der Höhe der zur Verfügung stehenden Einlage und der Möglichkeit einer langfristigen Anlage auch gerade ein absolut höherer Ertrag zu erzielen gewesen wären (vgl. auch: Soergel/Siebert/Damrau, 12. Aufl., Rdn. 4 zu § 1811 BGB; Erman/H. Holzhauser, 8. Aufl., Rdn. 6 zu § 1811 BGB; MünchKomm/D. Schwab, 2. Aufl., Rdn. 3 zu § 1807 BGB). Er hätte hieraus unstreitig einen Zinsmehrertrag von 2160,- DM erzielt, so daß er im Rahmen des Schadensausgleichs gemäß §§ 1833, 249 Satz 1 BGB zum Ausgleich der Zinsdifferenz verpflichtet ist.

#### **Anmerkung:**

Zur vergleichbaren Problematik der Anlage von Nachlaßvermögen durch den Testamentsvollstrecker vgl. BGH Urt. v. 3. 12. 1986 – IVa ZR 90/85 – ZIP 1987, 922 = GI 1988, 36, Leitsatz.

## GI Leitsätze

### Rechtsmittel per Telefax / Defektes Telefax des Gerichts

1. Wird durch einen Fehler im Telefaxgerät des Gerichts ein Rechtsmittel zwar innerhalb der Frist elektronisch gespeichert, aber erst nach deren Ablauf ausgedruckt, ohne daß für den Absender der Fehler erkennbar war, so ist ihm von Amts wegen Wiedereinsetzung in den vorigen Stand zu gewähren.
2. Die bloße Möglichkeit eines solchen Fehlers verpflichtet ihn nicht, sich des Eingangs auf andere Weise zu versichern (a.A. BGH, NJW 1989, 594 [595]).

(VHG Mannheim, Beschl. v. 2. 12. 1993 – A 16 S 2083/93 – NJW 1994, 538)

### Klageerhebung / Unterschrift / Telefax

Eine mit Telefax erhobene Klage ist nur dann wirksam erhoben, wenn das Telefax eine Unterschrift aufweist, die auf einer eigenhändig geleisteten Unterschrift beruht. Dem Schriftformerfordernis genügt eine Unterschrift mittels Faksimile-Stempel nicht.

(VG Wiesbaden, Beschl. v. 14. 10. 1993 – 8/1 G 20.644/93 – NJW 1994, 537)

## GI Hinweise

Von Rau/Winter (Hrsg.) erscheint „Umsatzbesteuerung des innergemeinschaftlichen Waren- und Dienstleistungsverkehrs in den EG-Staaten in Grundzügen“. Es handelt sich dabei um einen Sonderdruck aus dem gleichnamigen „Kommentar zum UStG“.

Nach einheitlichem Gliederungsschema werden für jedes EG-Land die wichtigsten Informationen zur steuerlichen Registrierung und Vertretung, den dazu notwendigen Kontaktstellen sowie zu den Vorschriften für die Rechnungsausstellung und über Erklärungs- und Meldepflichten vermittelt. Die besondere Praxisnähe wird durch die Darstellung anhand der häufigsten Grundfälle aus der Sicht des jeweiligen nationalen Rechts unterstrichen. Die Autoren sind aufgrund ihrer Tätigkeit in den Rechtsabteilungen der deutschen Auslandshandelskammern Kenner der jeweiligen nationalen Umsatzsteuerrechte. Sie vermitteln durch ihre Erfahrung mit den Finanzbehörden der Mitgliedstaaten deren Auffassung zu den einzelnen Sachverhalten.

(Verlag Dr. Otto Schmidt KG, Köln, 1993, 254 Seiten, 68,- DM, ISBN 3-504-24059-8)

# Stichwort- und Entscheidungsverzeichnis

## (Heft 1 – 6, 1994)

<b>Abtretung</b>			
– d. Honoraranspruchs	94, 72		
<b>Anlageberatung</b>			
– Abgrenzung z. Anlagevermittlung	94, 117		
– Bonitätsprüfung	94, 117		
– Haftungsausschluß	94, 117		
<b>Annahmeverzug</b>			
– d. Mandanten	94, 126		
– Vergütungsanspruch d. StB	94, 129		
<b>Anwaltsnotar</b>			
– Abgrenzung RA-Haftung	94, 40		
<b>Architektenhaftung</b>			
– Wohnflächenbegrenzung	94, 28		
<b>Bauherrenmodell</b>			
– Einkunftserzielungsabsicht	94, 19		
– Rückkaufangebot			
<b>Berufsverbot</b>			
– Schuldnerverzeichnis	94, 80		
<b>Berufungsschrift</b>			
– mehrfache			
– Telefax, Schriftsatz	94, 66		
<b>Betriebsprüfung</b>			
– ohne Prüfungsanordnung	94, 104		
– Verwertungsverbot	94, 104		
<b>Beweislast</b>			
– unterlassene Aufklärung/Belehrung			
– Beweisvermutung	94, 3		
– Kausalität			
– z. Pflichtverletzung u. Schaden	94, 4		
– Zugang beim FA	94, 26		
<b>Bürgschaft</b>			
– zur Steuerschuld	94, 75		
<b>Entnahme</b>			
– Buchungshandlung	94, 104		
<b>Erfüllungsgehilfe</b>			
– Notar/Beteiligter	94, 2		
<b>Feststellungsklage</b>			
– künftiger Anspruch	94, 2		
<b>Finanzgerichtsordnung</b>			
– Klageerhebung, § 47 Abs. 2 Satz 1 FGO	94, 152		
<b>Fristenkontrolle</b>			
– Ausgangskontrolle, Fristenkontrollbuch	94, 173		
– Häkchenverfahren	94, 165		
– Organisation	94, 164, 167		
– Fristenkontrollbuch	94, 164		
– Frist § 516 ZPO, 6 Mte	94, 39		
– doppelte –	94, 166		
		– Fristversäumnis, unverschuldete –	
		– Abwesenheitsanschrift	94, 169
		– Fristenkontrollbuch	94, 164, 167, 173
		– Information des Mandanten	94, 168
		– Information an Mandanten	
		– durch einfachen Brief	94, 169
		– Telefax	
		– Weisung an Bürokraft	94, 38
		– Weisung an Bürokraft	
		– Telefax	94, 38
		<b>Gesamtschuld</b>	
		– Fehler des 2. RA	94, 157
		<b>Gewinnausschüttung, verdeckte –</b>	
		– Zahlung für Kundenstamm	94, 28
		<b>Haftungsbeschränkung</b>	
		– Anlageberatung	94, 117
		<b>Honoraranspruch d. StB</b>	
		– Abtretung	94, 73
		– Annahmeverzug d. Mandanten	
		– keine Nachleistungspflicht	94, 126
		– Vermögensvorteil d. StB	94, 126
		– Aufrechnung	
		– mit n. fälliger Honorarforderung	94, 14
		– Buchführung	
		– Klärung d. Belege	94, 123
		– Einforderbarkeit, § 9 StBGebV	
		– im Prozeßvortrag	94, 16, 123
		– Gebührenrahmen, § 11 StBGebV	
		– Buchführungshonorar	94, 125
		– Mittelgebühr, überschreiten der –	94, 133
		– Gegenstandswert	
		– fehlender Jahresumsatz	94, 130
		– Pauschalgebühr, § 14 StBGebV	
		– Beweislast	94, 56
		– Tilgung	94, 14
		– kein Verrechnungshinweis	94, 22
		– Unkostenpauschale, § 16 StBGebV	
		– jede Steuererklärung	94, 58
		– Zeitgebühr	
		– Angabe § 13 StBGebV	94, 58
		– Klärung d. Belege	94, 123
		<b>Investitionszulage</b>	
		– Fürsorgepflicht d. FA	94, 122
		<b>Kausalität</b>	
		– Beratungsfehler	94, 3
		– Beweislast	94, 3
		– Fehler des Gerichts/Fehler des RA	94, 158
		– Schutzzweck, Notarfehler	94, 37
		– Unterbrechung d. –	94, 36

<b>Kenntnis d. Zivilrechts</b>		
– BGH-Meinung	94, 139	
– Rechtsprechungsänderung	94, 141	
<b>Klageerhebung</b>		
– beim FG, § 47 Abs. 2 Satz 1 FGO	94, 152	
<b>Kollegialgerichtsentscheidung</b>		
– Verschulden	94, 161	
<b>Mahnbescheid</b>		
– Bezeichnung d. Anspruchs	94, 93	
<b>Mietvertrag m. Angehörigen</b>	94, 136	
<b>Mitverschulden</b>		
– Haftungsverteilung	94, 67	
– Rechtsmittel, unterlassenes	94, 40	
– Zurechnung des Verschuldens des 2. RA	94, 153	
<b>Notar</b>		
– Anwaltsnotar		
= Abgrenzung RA-Haftung	94, 40	
– Belehrungspflicht		
= Genehmigungspflicht, § 12 GrdstVG,		
§ 19 BBauG	94, 2	
= Vormerkungswirkung	94, 29	
– Beweislast		
= Kausalität Notarfehler/Schaden	94, 35	
= Erschließungskosten	94, 82	
– Prüfungspflicht		
= Vertretungsvollmacht	94, 29	
– Sachverhaltsermittlung	94, 82	
– Wille d. Beteiligten	94, 82	
<b>Niederschlagung</b>		
– der Steuerschuld	94, 75	
<b>Prozeßvollmacht</b>		
– Ausschußfrist z. Vorlage	94, 152	
= doppelte Zustellung	94, 152	
= Information d. Mandanten		
<b>Prüfungspflicht</b>		
– d. Jahresabschlusses		
= nach Umwandlung	94, 24	
<b>Rechtsanwalt</b>		
– Beratungspflichten		
= Verfassungsbeschwerde,		
Mißbrauchsgebühr	94, 66	
= Versorgungsausgleich, § 1587 c Nr. 1 BGB	94, 160	
– Maklertätigkeit	94, 122	
– Zulassung		
= Versicherungsmakler	94, 122	
= Kammer-Geschäftsführer	94, 122	
<b>Rechtsberatung</b>		
– Abwicklung d.		
nichtigen Rechtsberatungsvertrages		
= Honoraranspruch	94, 62	
– Honorarrückzahlung	94, 62	
– Kindergeldsache	94, 26	
– Rechtsbeistand		
= Gesellschaftsrecht/Pachtvertrag	94, 62	
<b>Schaden</b>		
– Nutzungsentzung	94, 161	
– Wohnraum, steuerbegünstigt		
= Architektenhaftung	94, 28	
<b>Schuldbeitritt</b>		
– zur Steuerschuld	94, 75	
<b>Steuerberaterkammer</b>		
– Merkblatt, Lohnsteuerberatung	94, 2	
<b>Steuerberatungsvertrag</b>		
– Auflösung d. –		
= fristlose Kündigung, § 627 BGB	94, 58	
– Formularvertrag		
= Kündigungsrecht	94, 58	
– Kündigung, § 627 BGB	94, 58	
<b>Steuerhinterziehung</b>		
– Steuerberater, Mittäter	94, 70,	
	92	
– Verjährung	94, 122	
– Vorbereitung der Steuererklärung d.	94, 92	
<b>Steuerschuld</b>		
– Niederschlagung	94, 75	
<b>Streitverkündung</b>		
– Verjährungsunterbrechung	94, 54	
<b>Telefax</b>		
– Anweisung an Bürokraft	94, 38	
– Zugangsnachweis	94, 28	
<b>Treuhänder</b>		
– Prospektangaben		
= unrichtige	94, 66	
<b>Umsatzsteuer</b>		
– Ehegattenmietvertrag	94, 92	
<b>Unterbrechung der Verjährung, § 209 BGB</b>		
– Mahnbescheid	94, 93	
– Streitverkündung	94, 54	
<b>Unterschrift</b>		
– Klageschrift	94, 12	
<b>Untreue, § 266 StGB</b>		
– d. RA	94, 115	
– Vermögensverwalter	94, 115	
<b>Verfassungsbeschwerde</b>		
– Mißbrauchsgebühr	94, 66	
<b>Verjährung, § 51 BRAO</b>		
– Belehrung über Fehler u. Verjährungs-		
vorschrift, Sekundäranspruch		
= Anlaß zur Belehrung	94, 53	
= neues Mandat	94, 53	
<b>Verjährung (§ 68 StBerG, § 51 a WPO)</b>		
– Belehrungspflicht über eigene Fehler und		
Verjährungsvorschrift, Sekundäranspruch		
= Mandatsende	94, 86	
– Verjährungsbeginn		
= Bilanzfehler	94, 93	
= Einspruchsfrist	94, 175	
= Fristablauf	94, 175	
= Gewinnverwendungsbeschluß	94, 93	
= Grundsatz d. Schadeneinheit	94, 93	
= Kosten d. Prüfungsberichtes	94, 93	
= Steuerabwälzung a. Mieter	94, 85	
<b>Verjährung (§ 852 BGB, § 19 BNotO)</b>		
– Feststellungsinteresse, künftiger Anspruch	94, 2	



- Kenntnis d. Schadens		BGH v. 24. 6. 1993 – IX ZR 216/92	94, 40
- Verjährungsbeginn		= WM 1993, 1889	
= Schadenentstehung	94, 51	= DB 1993, 2327	
		= NJW 1993, 2747	
<b>Verschulden</b>			
- BGH-Rechtsprechung	94, 139	BGH v. 11. 8. 1993 – 2 StR 309/93	94, 115
- Kollegialgerichtsentscheidung	94, 161	= wistra 93, 300	
<b>Versorgungsausgleich</b>			
- Herabsetzung, § 1587 c Nr. 1 BGB	94, 159	BGH v. 13. 9. 1993 – AnwSt (R) 6/93	94, 146
		= BRAG-Mitt. 1994, 51	
<b>Verwertungsverbot</b>			
- keine Betriebsprüfungsanordnung	94, 104	BGH v. 13. 9. 1993 – AnwZ (B) 24/93	94, 122
		= BRAK-Mitt. 1994, 42	
<b>Vormund</b>			
- Geldanlage	94, 177	BGH v. 20. 9. 1993 – II ZB 10/93	94, 66
- Pflichtverletzung	94, 177	= NJW 93, 3141	
		= WM 93, 2141	
		= BB 93, 2408	
<b>Wiedereinsetzung</b>			
- Fristenkontrollbuch	94, 167	BGH v. 30. 9. 1993 – IX ZR 73/93	94, 3
- Fristenkontrolle		= WM 1994, 78	
= Fristenkontrollbuch	94, 164, 167	= NJW 1993, 3259	
		= DB 1993, 2373	
= Fristversäumnis, unverschuldete –		BGH v. 30. 9. 1993 – IX ZR 211/92	94, 139
= falsche Rechtsmittelbelehrung	94, 66	= NJW 93, 3323	
= fehlerhafte Telefonauskunft	94, 72	= WM 93, 2129	
		= DB 93, 2374	
		= NJW 94, 501 Anm. Schäfer	
		= BB 93, 2267	
<b>Vorteilsausgleich</b>			
- d. Steuerberaters	94, ...	BGH v. 4. 10. 1993 – II ZB 9/93	94, 72
		= BB 93, 2336	
<b>Werbeverbot</b>			
- Branchentelefonbuch	94, 146	BGH v. 18. 10. 1993 – II ZB 7/93	94, 164
- Tätigkeitshinweise	94, 146	BGH v. 28. 10. 1993 – VII ZB 21/93	94, 39
		= NJW 94, 459	
		= BB 94, 106	
<b>WP-GmbH</b>			
- Leiter, andere Aufgaben	94, 92	BGH v. 28. 10. 1993 – VII ZB 22/93	94, 38
- Stammkapitalnachweis	94, 92	= NJW 94, 329	
		= DB 94, 141	
<b>Zugang</b>			
- Beweis d. –		BGH v. 28. 10. 1993 – IX ZR 252/92	94, 67
= d. Telefax	94, 26	= NJW 94, 379	
		= WM 94, 217	
		BGH v. 28. 10. 1993 – IX ZR 21/93	94, 93
		= NJW 94, 323	
		= WM 94, 33	
		= ZIP 93, 1886	
		= BB 94, 183	
		BGH v. 5. 11. 1993 – V ZR 1/93	94, 111
		= NJW 94, 257	
		= ZIP 93, 1879	
		= BB 94, 29	
		BGH v. 11. 11. 1993 – IX ZR 229/92	94, 162
		BGH v. 23. 11. 1993 – 5 StR 595/93	94, 122
		= wistra 1994, 57	
		BGH v. 29. 11. 1993 – AnwZ (B) 41/93	94, 122
		= BRAK-Mitt. 1994, 43	
		BGH v. 20. 1. 1994 – IX ZR 46/93	94, 153
BGH v. 15. 10. 1992 – IX ZR 43/92	94, 2	OLG Düsseldorf v. 12. 3. 1992	
= VersR 1993, 358		– 13 U 152/91	94, 24
= WM 1993, 251			
BGH v. 22. 10. 1992 – V ZR 112/92	94, 12		
= NJW 1994, 55			
= DB 1993, 2584			
BGH v. 28. 1. 1993 – IX B 41/92	94, 167		
BGH v. 6. 5. 1993 – I ZR 183/91	94, 2		
= StB 1993, 422			
= WM 93, 1605			
= DSfR 93, 1463			
= BB 93, 1611			
BGH v. 27. 5. 1993 – IX ZR 66/92	94, 29		
= WM 1993, 1513			
= NJW 1993, 2744			
= VersR 1993, 1244			
= DB 1993, 2326			
BGH v. 7. 6. 1993 – V StR 212/93	94, 70		
= wistra 93, 302			
BGH v. 14. 6. 1993 – AnwZ (B) 15/93	94, 122		
= BRAK-Mitt. 1994, 43			

OLG Düsseldorf v. 22. 10. 1992 – 18 U 94/92, rkr.	94, 7	FG Niedersachsen v. 6. 10. 1993 – III 174/88	94, 104
OLG Düsseldorf v. 10. 12. 1992 – 13 U 90/92, rkr.	94, 72	FG Saarland v. 30. 3. 1993 – I K 168/92 = StB 1993, 301	94, 28
OLG Düsseldorf v. 17. 12. 1992 – 13 U 98/92 – rkr.	94, 22		
OLG Düsseldorf v. 26. 2. 1993 – 13 U 117/92	94, 126	LSG Rheinland-Pfalz v. 22. 7. 1993 – I 6 Sb 46/93 = StB 1993, 423	
OLG Düsseldorf v. 11. 3. 1993 – 13 U 123/92	94, 56		
OLG Düsseldorf v. 29. 4. 1993 – 13 U 188/92	94, 19	VG Hannover v. 25. 8. 1993 – 5 A 3374/91 = WPK-Mitt. 1994, 65	94, 92
OLG Düsseldorf v. 6. 5. 1993 – 13 U 86/91	94, 16	VG Wiesbaden v. 14. 10. 1993 – 8/I G 20.644/93	94, 180
OLG Düsseldorf v. 27. 5. 1993 – 13 U 201/92	94, 58		
OLG Düsseldorf v. 17. 6. 1993 – 13 U 232/92	94, 130	VGH Hessen v. 11. 12. 1991 – 13 K 899/91	94, 80
OLG Düsseldorf v. 15. 7. 1993 – 13 U 245/92	94, 14	VGH Mannheim v. 2. 12. 1993 – A 16 S 2083/93	94, 180
OLG Düsseldorf v. 19. 8. 1993 – 13 U 273/92	94, 133		
OLG Düsseldorf v. 21. 10. 1993 – 13 U 1/93	94, 173	BFH v. 13. 10. 1992 – VII B 119/92 = BFH/NV 1993, 607	94, 152
OLG Düsseldorf v. 21. 10. 1993 – 13 U 295/92	94, 168	BFH v. 15. 3. 1993 – V R 109/89 = NJW 1994, 216	94, 92
OLG Frankfurt v. 15. 2. 1993 – 22 U 183/91	94, 123	BFH v. 17. 6. 1993 – VI S 3/93 = BFH/NV 1993, 613	94, 152
OLG Hamm v. 5. 10. 1992 – 2 U 61/92 = AiF 06/94 – rkr.	94, 117	BFH v. 22. 6. 1993 – IX R 19/89	94, 136
OLG Köln v. 16. 6. 1993 – 11 U 37/93 = AiF 1993, 1188	94, 28		
OLG München v. 30. 7. 1990 – 31 U 1857/90 rkr. durch Nichtannahmebeschluß des BGH v. 10. 7. 1991 = RPKU 1.120/90	94, 66	FinMin Brandenburg v. 24. 6. 1993, III/3 – S 0321-2/93	94, 122
OLG München v. 16. 12. 1992 – 7 U 5553/92 = NJW 1993, 2447	94, 28		
OLG München v. 9. 11. 1993 – 4 StRR 54/93 = wistra 94, 34	94, 92		
OLG Stuttgart v. 6. 7. 1993 – 12 U 229/92	94, 62		
LG Braunschweig v. 11. 3. 1993 – 4 O 457/92	94, 82		
LG Darmstadt v. 17. 12. 1992 – 9 O 170/92 = NJW 1993, 2448	94, 28		
LG Duisburg v. 22. 11. 1990 – 2 S 150/89	94, 66		
LG Kiel v. 29. 6. 1993 – 6 O 414/92	94, 85		
AG Bremen v. 14. 2. 1992 – 7 C 453/91	94, 177		
FG Köln v. 15. 2. 1993 – 3 K 3432/92 = LEXINFORM 0102894 = Steuertext: 4418	94, 26		